

*COMPASS-Infodienst
für christlich-jüdische und deutsch-israelische
Tagesthemen im Web*

www.compass-infodienst.de

ONLINE-EXTRA Nr. 118/119

April/Mai 2010

DIE ENTWICKLUNG DES ZIONISMUS BIS ZUR STAATSGRÜNDUNG ISRAELS

Martin Kloke

.....

© 2010 Copyright beim Autor

online exklusiv für ONLINE-EXTRA

www.compass-infodienst.de

Martin Kloke

Die Entwicklung des Zionismus bis zur Staatsgründung Israels

Das jüdische Palästina zu Beginn des Ersten Weltkriegs

Im Vergleich zu den mehr als zwei Millionen ostjüdischen Immigranten, die seit den 1890er Jahren den nordamerikanischen Kontinent erreicht hatten, nahm sich die europäisch-jüdische Einwanderung in das zur osmanischen Provinz Damaskus gehörende Palästina zunächst bescheiden aus. Zwischen 1882 und 1903, der ersten zionistisch motivierten Einwanderungswelle, kamen etwa 20.000 bis 30.000 Menschen in das Land zwischen Mittelmeer und Jordan, das im europäisch-christlichen Abendland als "Heiliges Land" firmiert. War die erste Alija(1) noch maßgeblich vom ökonomischen Wechselspiel zwischen privatkapitalistischen Plantagenbesitzern und arabischen Landarbeitern geprägt, so trat die 2. Alija (1904 bis 1914) unter völlig anderen ideologischen Vorzeichen an: Viele der ca. 35.000 bis 40.000 Einwanderer waren von einer romantischen Mischung aus zionistischen und sozialistischen Ideen beseelt. Zu den antikapitalistisch argumentierenden Vordenkern dieser jüdischen Arbeiterbewegung zählten so unterschiedliche Protagonisten wie Ber Borochov (1881–1917),(2) Mitbegründer der russischen "Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale Zion", sowie der in der Tradition des russischen Dichters Lev Tolstoj (1828–1910) stehende öko-religiöse Sozialist und zionistische Praktiker Aharon David Gordon (1856–1922).(3) Enttäuscht über die misslungene russische Revolution von 1905–1907, die kein Ende der blutigen Pogrome in Aussicht zu stellen vermochte, öffneten sich vor allem jene Einwanderer den Ideen des Zionismus, die den kleinbürgerlichen Milieus des ostjüdischen Prekariats entstammten. Mit einer Entschlossenheit, wie sie nur in einer utopisch-revolutionär aufgeladenen Gemengelage denkbar ist, begannen die jungen Pioniere ("Chaluzim") die landwirtschaftliche Erschließung Palästinas aufzunehmen. Ihr Ziel war es, die Sozialstruktur der jüdischen Gemeinschaft zu "normalisieren", um ein Volk wie jedes andere zu werden. Unter dem Motto "Eroberung der Arbeit" bildete der Aufbau genossenschaftlicher Produktions- und Vertriebsstrukturen – insbesondere die Gründung kollektiver landwirtschaftlicher Dörfer (Kibbuzim) – den ökonomischen Grundstock des sozialistischen Zionismus in Palästina. Da die Pioniere die seit 1909 vom Jüdischen Nationalfonds zielstrebig erworbenen Böden genossenschaftlich bearbeiteten, konnten sie jede Form der ihnen verpönten kapitalistischen Lohnarbeit (nicht zuletzt die der billigeren arabischen Lohnarbeit) vermeiden.

Zwischen 1904 und 1914 hatte sich die Zahl jüdischer Siedler und Siedlungen verdoppelt, obwohl ein Teil der Einwanderer angesichts der schwierigen ökonomischen und gesundheitlichen Verhältnisse das Land wieder verlassen hatte bzw. nach Amerika weitergezogen war. Auch zeigte die große Mehrheit der jüdischen Diaspora in Europa und Amerika zunächst nur wenig Interesse am zionistischen Projekt. Nicht jüdischer Nationalismus und Zionismus, sondern Assimilation und Integration in die jeweiligen Nationalstaaten waren die geistigen Bezugspunkte des modernen und zunehmend säkular ausgerichteten Kulturjudentums. Andererseits investierten private Anleger in dieser Zeit trotz

der noch wenig lukrativen Kapitalanlagen im rückständigen Palästina 100 Millionen Franc. Dabei sprossen im Umfeld der genossenschaftlichen Siedlungen kleine Industrieunternehmen und Baufirmen. 1908 richtete die Zionistische Weltorganisation (ZWO) unter Leitung von Arthur Ruppin (1876–1943) ein sogenanntes Palästina-Amt ein. Zwischen 1907 und 1912 unternahm der deutsch-jüdische Philanthrop Paul Nathan (1857–1927), Direktor des nichtzionistischen "Hilfsvereins", zielstrebige Vorbereitungen zur Errichtung eines Technologischen Instituts (Technion) in Haifa.(4) Wie ernst es die Einwanderer mit ihrer "Rückkehr" in das Land ihrer Vorfahren meinten, sollte sich 1909 insbesondere an den Dünen des Mittelmeers erweisen, als die Stadt Tel Aviv ("Frühlingshügel") ihren Anfang nahm – die erste jüdische Gründung eines urbanen Zentrums in der Neuzeit.

Der Erste Weltkrieg und die Balfour-Deklaration 1917

Als sich das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg schon früh (am 29. Oktober 1914) auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns schlug, spitzte sich der Kampf der Großmächte um die Vormachtstellung im Nahen Osten zu. Wider Erwarten brach das Osmanische Reich, der "kranke Mann am Bosphorus", nicht zusammen, sondern stieß – mit deutscher Unterstützung – bis zum Suezkanal vor. Vor diesem Hintergrund bediente sich Großbritannien einer Doppelstrategie, indem es sowohl jüdisch-zionistische als auch arabische Hoffnungen nährte: Um die Araber zum Aufstand gegen den türkischen Sultan zu motivieren, versprachen die Briten 1915 in einem Brief des Hochkommissars in Ägypten, Sir Henry Arthur McMahon (1862–1949), an den Großscherifen des Hedschas und Mekkas, Hussein ibn Ali (1853–1931), die Unabhängigkeit der ost-arabischen Territorien im Rahmen eines großarabischen Reiches, sobald das Osmanische Reich zerschlagen sei. "Von Palästina war freilich nicht ausdrücklich – oder ausdrücklich nicht? – die Rede gewesen."(5) Insofern ist bis heute umstritten, ob die in McMahons Brief bezeichneten "nicht rein arabisch(en) Distrikte" im Westen, die von seinem Versprechen ausgenommen waren, auch Palästina einschließen sollten oder nicht. Doch ungeachtet der proarabischen Rhetorik dieses Briefes – aber auch entgegen der späteren zionismusfreundlichen Balfour-Deklaration von 1917(6) – trafen Großbritannien und Frankreich in alt-kolonialer Manier geheime Absprachen, die in das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen (16. Mai 1916) mündeten: Sie teilten die den Arabern versprochenen Gebiete des heutigen Irak, Syriens, Jordaniens und Palästinas in Einflussphären auf; die Kerngebiete Palästinas mit den heiligen Stätten des Christentums sollten internationalisiert werden.

Die russische Herkunft vieler jüdischer Einwanderer lieferte den türkischen Behörden den Vorwand, sie als "feindliche Ausländer" zu drangsalieren. Viele der ca. 18.000 ausgewiesenen Juden suchten Zuflucht in den USA, darunter die zionistischen Aktivisten David Ben Gurion (1886–1973) und Jizchak Ben Zwi (1884–1963) von der Partei "Poale Zion". Selbst Einwanderer österreichischer Provenienz litten unter Repressalien, mussten Zwangsarbeit im Eisenbahnbau leisten und ihre Pferde sowie Getreide nahezu verschenken – als dann auch noch eine Heuschreckenplage dazukam, führte dies bald zu einer Hungersnot.

Der osmanische Druck auf die Einwanderer begünstigte die Radikalisierung der jüdischen Arbeiter Palästinas. Eine Minderheit um Wladimir Zeev Jabotinsky (1880–1940) und Josef Trumpeldor (1880–1920) sympathisierte mit terroristischen Formen des Widerstands oder betrieb, mehr oder weniger konspirativ, die Aufstellung einer Jüdischen Legion; in den USA

agitierten auch Ben Gurion und Ben Zwi für eine solche Einheit. Doch die britische Armee nahm diese Offerte eher zögerlich auf – erst 1917 begann die britische Regierung, die Bildung eines "Ersten Jüdischen Regiments" zu akzeptieren, das als Feldzeichen eine Menorah, einen siebenarmigen Leuchter, trug.

Die Mehrheit der Arbeiter antwortete auf die türkischen Repressalien "zionistisch", indem sie das praktizierte, was Borochof 1918 im Sinne des praktischen Zionismus auf den Punkt brachte: "Schafft Tatsachen, [...] – das ist der Grundstein politischer Weisheit. Tatsachen überzeugen besser als Gedanken. Taten wirken nachhaltiger als Losungen. Opfer haben eine größere Werbekraft als Resolutionen. [...] Ein gefallener Wächter hat an der Verwirklichung des Zionismus einen größeren Anteil als alle unsere Deklarationen."(7)

Hatten die amerikanischen Juden vor dem Krieg noch kaum Interesse und Anteilnahme am Zionismus gezeigt, so weckten die Verfolgungen in Osteuropa und Palästina Mitgefühl und Solidarität. Dem von Schmarja Levin (1867–1935) gegründeten Hilfskomitee gelang es, den populären jüdischen Antikorruptionsanwalt Louis Dembitz Brandeis (1856–1941) als Präsidenten zu gewinnen. Nachdem US-Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) den säkularen Brandeis 1916 zum "Associate Justice of the Supreme Court" berufen hatte, intervenierte dieser mit Erfolg in Konstantinopel und Berlin zugunsten der palästinensischen Juden: Die Mittelmächte begannen nunmehr mäßigend auf die türkische Regierung einzuwirken.

Die Aktivisten der ZWO und anderer zionistischer "Komitees" setzten sich sowohl bei den Regierungen Deutschlands und Österreichs als auch bei denen der Entente für die Unterstützung ihrer territorialen Aspirationen in Palästina ein: Deutsch-zionistische Zirkel unter Max Bodenheimer (1865–1940) gingen noch einen Schritt weiter und ergriffen offen Partei zugunsten der Mittelmächte. Sie setzten ihre Hoffnungen auf eine Befreiung der russischen Juden. Mit dieser Grundorientierung befanden sie sich zwar in Übereinstimmung mit der Gesamthaltung der deutschen Juden; doch setzte sich innerhalb der weltweiten Zionistischen Organisation ein neutraler Kurs durch – maßgeblich inspiriert von Max Nordau (1849–1923), der als "feindlicher Österreicher" von Paris nach Madrid vertrieben worden war.

Während des Weltkriegs avancierte der aus Weißrussland stammende Chemiker und langjährige zionistische Aktivist Chaim Weizmann (1874–1952) zur Galionsfigur des Zionismus in Großbritannien: Weizmann, der seine wissenschaftliche Karriere 1904 an der Universität Manchester aufgenommen und durch neue kriegswichtige chemische Verfahren die Aufmerksamkeit der politischen Eliten in Großbritannien erregt hatte, ging zielstrebig und systematischer als die deutschen Zionisten vor. Schon 1907 hatte er sich auf dem Achten Zionistischen Kongress in Den Haag für eine Verbindung von politischem und praktischem Zionismus stark gemacht. Sein "synthetischer Zionismus" stieß auf breite Zustimmung in der Bewegung, denn er verband politisch-diplomatische Aktivitäten mit praktischer Kolonisationsarbeit in Palästina. Als günstig sollte sich auch Weizmanns Fähigkeit erweisen, zionistische Ansprüche mit den außenpolitisch-imperialen Interessen Großbritanniens kompatibel zu gestalten. Seine Ziele hatte Weizmann schon 1915 Charles Prestwich Scott (1846–1932), dem Herausgeber des "Manchester Guardian", schmuckhaft zu machen versucht: "Die Juden übernehmen das Land, die ganze Last der Verwaltung fällt ihnen zu, doch für die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre arbeiten sie unter einem zeitweiligen britischen Protektorat."(8) Weizmann setzte sich an die Spitze eines Netzwerkes, dem u.a. der Bankier, Zoologe und liberale Politiker Lord Walter Rothschild (1868–1937) angehörte, der zeitweise auch Präsident der englischen Zionistischen Föderation war. Vor diesem

Hintergrund wurde der Zionismus spätestens in der zweiten Hälfte des Weltkriegs in Kreisen der britischen Aristokratie nicht nur gesellschaftsfähig, sondern ein beliebtes Gesprächsthema.

In mehrmonatigen, inoffiziellen Verhandlungen mit britischen Regierungsvertretern – an ihrer Spitze der Generalsekretär des Kriegskabinetts Mark Sykes (1879–1919) – setzte sich Weizmann für die britische Anerkennung der zionistischen Bestrebungen ein. Seine Formel für eine britische Sympathieerklärung enthielt die Formulierung "*Reestablishment of Palestine as the national home for the Jewish people*". Im Gegenzug sollten die Briten mit dem Protektorat über Palästina betraut werden und damit nicht nur das Erbe der Türken antreten, sondern auch den im Sykes-Picot-Abkommen sanktionierten französischen Einfluss zurückdrängen. Schwierigkeiten machten Weizmann die Vertreter des assimilierten britischen Judentums. Zwar hatten diese keine grundsätzlichen Einwände gegen das zionistische Projekt, doch wandten sie sich gegen jede Formulierung, aus der die Anerkennung einer jüdischen "Nation" hätte geschlussfolgert werden können. So drängten die britischen Regierungsvertreter darauf, das geschichtsmetaphysische "*Reestablishment of Palestine as the national home*" auf ein bescheiden-pragmatisches "*Establishment of Palestine as a national home*" zu reduzieren. Als Ergebnis der Verhandlungen schrieb Außenminister Arthur James Balfour (1848–1930) am 2. November 1917 den legendären Brief an Walter Rothschild, der als "Balfour-Deklaration" in die Geschichte einging:

"Mein lieber Lord Rothschild!

Zu meiner großen Genugtuung übermittle ich Ihnen namens S. M. Regierung die folgende Sympathieerklärung mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist:

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte. Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Föderation zu bringen."(9)

Auch wenn diese Deklaration zunächst kaum mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung war, so bildete sie doch die erste völkerrechtlich relevante Grundlage des zionistischen Projekts in Palästina. Entgegen einem weitverbreiteten Missverständnis stellte das Dokument jedoch keine Staatlichkeit, sondern nur die Bildung einer nationalen "Heimstätte" in Aussicht – unter Berücksichtigung der Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften. Gleichwohl leiteten zionistische Interpreten daraus weitergehende Visionen ab:

"Ich erkläre, dass wir unter einer jüdischen nationalen Heimstätte die Schaffung solcher Bedingungen in Palästina verstünden, die es uns ermöglichten, 50.000 bis 60.000 Juden jährlich ins Land zu bringen und sie dort anzusiedeln, unsere Institutionen, unsere Schulen und die hebräische Sprache zu entwickeln und schließlich solche Bedingungen zu schaffen, dass Palästina genau so jüdisch sei, wie Amerika amerikanisch und England englisch sei."(10)

Konsolidierung und Aufschwung: das zionistisch-sozialistische Projekt unter britischem Mandat

Bereits am 9. Dezember 1917 marschierten britische Truppen unter General Edmund Henry Hyndman Allenby (1861–1936) in Jerusalem ein. Im September 1918 gelang es ihnen, die letzten osmanischen Bastionen in Palästina einzunehmen. Mit dem britischen Einmarsch in Palästina und weiteren arabischen Regionen war – in Zusammenarbeit mit französischen Verbänden – die vierhundertjährige Herrschaft der Türken im Nahen Osten beendet.

Im Januar 1919 keimten am Rande der Pariser Friedenskonferenz Hoffnungen auf eine jüdisch-arabische Verständigung auf: In einem Freundschaftsvertrag mit Chaim Weizmann akzeptierte Emir Feisal (ca. 1885–1933), ein Sohn des Großscherifen Hussein von Mekka, die jüdische Einwanderung nach Palästina unter Federführung einer zionistischen "Körperschaft". Ausdrücklich bezogen sich Feisal und Weizmann in ihrem Abkommen auf die Balfour-Deklaration. In einem handschriftlichen Vermerk stellte Feisal sein Zugeständnis allerdings unter den Vorbehalt einer Realisierung arabischer Unabhängigkeit auf der Arabischen Halbinsel und in Syrien.(11)

Da jedoch die Franzosen auf der Einhaltung des Sykes-Picot-Abkommen von 1916 bestanden, zogen sich die Briten im Dezember 1919 aus dem Libanon zurück; sie wurden unmittelbar danach durch französische Truppen ersetzt. Nun machte sich unter den Arabern eine explosive Stimmung breit: Im März 1920 rief der "Syrische Nationalkongress" Emir Feisal zum König aus – unter der Voraussetzung, dass er sich von der Übereinkunft mit Weizmann distanzierte. Feisal lenkte ein und fortan wurden auch die Araber Palästinas von einer nationalen Begeisterungswelle erfasst: Palästina sollte nicht nur nicht jüdisch werden, sondern – ebenso wie der Libanon – als südliche Provinz in das arabische Syrien integriert werden. Fanatisierte Muslime drangen am 4. April 1920 mit Rufen wie "Tod den Juden!" und "Lang lebe Feisal!" in das jüdische Viertel Jerusalems ein. Unter den Augen britischer Soldaten, die dem Pogrom nicht Einhalt geboten, wurden sieben Juden ermordet und 200 zum Teil schwer verletzt.

Gleichwohl bereiteten die Siegermächte des Weltkriegs im April 1920 auf der Konferenz von San Remo eine politische Neuordnung des Nahen Ostens vor, die die arabischen Erwartungen enttäuschen sollte: Syrien und der Libanon wurden französisches "Mandat". Bereits am 20. Juli 1920 vertrieben französische Truppen König Feisal aus Damaskus; Großbritannien erhielt die Kontrolle über Palästina – dieses Gebiet umfasste damals auch das heutige Jordanien und die Golanhöhen – und den Irak zugesprochen. Die Alliierten nahmen die Balfour-Deklaration nicht nur in den Friedensvertrag mit der Türkei auf, sondern auch in das Völkerbundsmandat für den Irak und Palästina, das der Oberste Rat der Alliierten den Briten am 25. April 1920 übertrug. Am 24. Juli 1922 betraute der Rat des Völkerbundes die Briten offiziell mit dem Mandat für Palästina – es sollte solange gelten, bis das Land seine vage in Aussicht gestellte Unabhängigkeit erlangen würde.

Großbritannien schickte 1920 erstmals einen "Hochkommissar" nach Palästina, den jüdischstämmigen liberalen Politiker und Diplomaten Herbert Louis Samuel (1870–1963). Samuel traf am 1. Juli in Jaffa ein. Er war nach 2.000 Jahren der erste Jude, der Palästina, das historische "Land Israel", regieren sollte. Von Anfang an bemühte er sich um einen Interessenausgleich von Juden und Arabern. Zwar brachen noch am 21. Mai 1921 in Jaffa blutige Unruhen zwischen beiden Volksgruppen aus, bei denen 47 Juden ermordet wurden;

blutige Zusammenstöße gab es auch in Haifa, Hadera, Petach Tikva, Rechovot und Jerusalem – eine arabische Reaktion auf provokante Mai-Demonstrationen jener sozialistischen Zionisten, die von den feudalistisch geprägten Arabern aufgrund ihrer kommunistisch-atheistischen Ideen als soziale und politische Unruhestifter wahrgenommen wurden. Dennoch gelang es Samuel, die aufgeregten Gemüter in den Parallelgesellschaften Palästinas in der ersten Hälfte der 1920er Jahre einigermaßen zu beruhigen; zeitweilig verhängte der Hochkommissar Einwanderungsbeschränkungen für Juden; zudem ernannte er den radikal-islamischen Religionsführer Mohammed Amin al-Husseini (1893–1974) zum Großmufti von Jerusalem.

Als 1921 Kolonialminister Winston Spencer Churchill (1874–1965) Palästina besuchte, war es seine erklärte Absicht, britische Interessen abzusichern: Einerseits machte Churchill keinen Hehl aus seinen Sympathien mit dem Zionismus; andererseits sah er angesichts der enttäuschten arabischen Hoffnungen die Notwendigkeit, den Arabern entgegenzukommen. Überraschend schlug er die Teilung des Landes vor: 1922/1923 wurden alle Gebiete östlich des Jordans – vier Fünftel Palästinas – ausgegliedert und in ein halbautonomes Staatsgebiet unter der Herrschaft Emir Abdallahs I. (1882–1951), des ältesten Sohnes Husseins, umgewandelt. Formell blieb "Transjordanien" zwar gemäß den Mandatsbestimmungen des Völkerbundes Teil Palästinas;(12) doch politisch war es nun eine quasi selbstständige Entität.(13) Eine weitere Veränderung leiteten die Briten 1923 ein, als sie die Golanhöhen den französischen Behörden in Syrien unterstellten. Zudem begrenzten die Briten die Einwanderung: In einer Grundsatzerklärung (Churchill-Weißbuch) vom Juni 1922 legten sie fest, die jüdische Einwanderung fortan der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes anpassen und ein letztlich binationales "arabisch-jüdisches Palästina" errichten zu wollen.(14) Gleichwohl beteuerten die Briten, an ihrer Politik des jüdisch-arabischen Ausgleichs festhalten zu wollen.

Die Zionisten zeigten sich enttäuscht über diese Entwicklungen, sahen sie doch ihre historischen Ansprüche ebenso wie ihre territorialen und demografischen Hoffnungen schwinden. Nicht zuletzt sorgten sie sich um die langfristigen Entwicklungschancen der jüdischen "Heimstätte" einschließlich einer gesicherten Wasserversorgung. Dennoch ließen sich die tonangebenden Pioniere durch die äußeren Begrenzungen nicht entmutigen, sondern konzentrierten ihre Anstrengungen auf die Konsolidierung und Institutionalisierung ihres Projekts: Schon 1920 hatten sie den jüdischen Gewerkschaftsbund (Histadrut) gegründet. 1921 riefen sie angesichts der arabischen Unruhen die "Hagana" ins Leben, eine militärische Untergrundorganisation, die das Gewaltmonopol der Briten in Frage stellte. Mit britischem Einverständnis gründeten 1924/1925 bildungsbeflissene Repräsentanten des "Jischuws", der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, die Hebräische Universität von Jerusalem und in Haifa die Technische Universität "Technion".

Zwischen 1919 und 1923 waren in der 3. Alija ca. 37.000 osteuropäische Juden ins Land geströmt. Viele von ihnen hatten sich schon in ihren Herkunftsländern in sozialistisch-zionistischen Jugendorganisationen betätigt: "Der Einwanderer von 1919 war ein Kind des revolutionären Zeitalters und daher wahrscheinlich ungeduldiger, außerdem hatte die Balfour-Deklaration die Verwirklichung des Traumes viel näher gerückt. Er war im Denken radikaler und neigte weniger zu Kompromissen."(15) Es sollte sich allerdings um die letzte Einwanderergeneration handeln, die Palästina in eine homogene sozialistische Mustergesellschaft verwandeln wollte. Viele der Pioniere hatten bereits in Europa im Rahmen jüdischer Lohnarbeitergenossenschaften eine landwirtschaftliche Ausbildung erworben. Die Angehörigen dieser sogenannten "Hachscharah"-Bewegung waren von sozialistischen Vorstellungen ebenso inspiriert wie von den Ideen der Jugendbewegung. Beseelt von den

Prinzipien radikaler Gütergemeinschaft und sozialer Gleichheit zeigten sich die Revolutionäre entschlossen, ihre Kompetenzen für das jüdisch-sozialistische Projekt in Palästina einzusetzen. Unter den Neueinwanderern befanden sich auch die ersten Mitglieder des "Haschomer Hazair" ("Der junge Wächter"), einer in Galizien entstandenen Jugendbewegung, die frei von familiären oder anderen sozialen Bindungen eine revolutionäre Existenz führen wollten. Ihre geistigen Mentoren waren Karl Marx (1818–1883) und Sigmund Freud (1856–1939), aber auch Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844–1900) und Martin Buber (1878–1965). 1930 zählte der Haschomer Hazair weltweit 34.000 Mitglieder und forcierte als tonangebende jüdische Jugendbewegung die Kibbuz-Idee in ihren radikalsten wirtschaftlichen und sozialen Ausprägungen.

Mit der 4. Alija strömten Zehntausende polnischer Juden ins Land, die weniger von zionistischen als von utilitaristischen Motiven bestimmt waren, hatten doch die USA – zu jener Zeit für jüdische Migranten noch immer das bevorzugte Reiseziel – 1924 eine Einwanderungssperre verhängt. Viele von ihnen, die den antisemitischen Schikanen in Polen entfliehen wollten, waren keine idealistischen Pioniere, sondern Angehörige der Mittelschicht; sie trugen entscheidend zum industriellen, kommerziellen und kulturellen Aufschwung des Jischuws bei. Allein Tel Aviv schwoll zwischen 1921 und 1925 von 3.600 auf 40.000 Bewohner an. Zugleich konnten bürgerliche Rechtsparteien an Einfluß gewinnen. Die Revisionisten unter Wladimir Zeev Jabotinsky und vor allem ihre Jugendorganisation "Beitar", die die britische Entscheidung der Abtrennung des Ostjordanlandes "revidieren" wollten, setzten auf einen harten Kurs gegenüber den Arabern. Nie wieder, so ihr Credo, sollten Juden ihren Peinigern wehrlos ausgesetzt sein.

Oberflächlich hatte es den Anschein, als bliebe die Lage zwischen Juden und Arabern ruhig. Selbst als in der Wirtschaftskrise von 1926/1928 vorübergehend (1927) die Auswanderung die Einwanderung überstieg, sollte sich daran nichts ändern. Doch im Herbst 1928 rückte der Großmufti immer mehr ins Blickfeld der arabisch-jüdischen Rivalität. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung des Jischuws ließ unter den Arabern die Befürchtung wachsen, das zionistische Projekt könne auf Dauer angelegt sein: Nun initiierte der Mufti an der Westmauer des Herodianischen Tempelareals, der sogenannten Klagemauer, gewaltsame Übergriffe: Betende Juden wurden belästigt – verbal und mit Steinwürfen. Als im Sommer 1929 Beitar-Angehörige demonstrativ fahnen-schwenkend zur Klagemauer zogen und die zionistische Hymne "Hatikwa" ("die Hoffnung") anstimmten, eskalierte die Situation. Nur eine Woche später lieferten sich Muslime und Juden erbitterte Kämpfe, während die britischen Polizeibehörden vor der Gewalt der Straße zurückwichen. In Hebron, wo in der arabischen Gemeinschaft das Gerücht umherging, "die Juden" hätten die islamischen Heiligtümer Jerusalems unter ihre Kontrolle gebracht, töteten Muslime 67 Männer, Frauen und Kinder. Die Überlebenden des Massakers, die zum Teil bei arabischen Nachbarn Zuflucht gefunden hatten, gaben das jahrhundertealte jüdische Viertel Hebrons auf, indem sie die Stadt fluchtartig verließen.

Die zionistische Seite war geschockt von der Welle der Gewalt: Die Revisionisten setzten auf gegenterroristische Mittel zur Eindämmung der Übergriffe und längerfristig auf die kompromisslose Gründung eines jüdischen Staates in Palästina. Auf dem äußeren linken Pol des zionistischen Spektrums dagegen gründeten idealistische Akademiker und Linksozialisten einen "Friedensbund", der die Entwicklung jüdischer und arabischer "Kantone" befürwortete – im Rahmen eines binationalen Staates. Beide Positionen waren im Jischuw jener Jahre nicht mehrheitsfähig. Die Mehrheit der sozialistisch orientierten Strömungen plädierte, jenseits von hemmungsloser Gewalt oder illusionären Friedensträumen, für maßvolle Reaktionen und wollte die Spirale der Gewalt stoppen, ohne

das zionistische Projekt insgesamt zu gefährden. So setzte sich die realpolitische Schule um David Ben Gurion durch: Im Bewusstsein, dass die jüdischen und arabischen Bestrebungen unvereinbar seien, könne man dennoch mit den Arabern verhandeln. Der Dialog solle ohne Illusionen, aber stets in der Hoffnung unternommen werden, Spielräume ausloten und den Konflikt begrenzen und entschärfen zu können.

Infolge des Aufstiegs und der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland kamen allein 1933 ca. 38.000 Neueinwanderer ins Land. Zwischen 1932 und 1939 gewann die Histadrut 73.000 neue Mitglieder, so dass die organisierte Arbeiterschaft für die sozioökonomische und politische Entwicklung des Jischuws immer bedeutender wurde. Mehr und mehr expandierte und konsolidierte sich die zionistische Infrastruktur Palästinas – einschließlich wirtschaftlicher, politischer, wissenschaftlicher, pädagogischer und kultureller Institutionen, die ein Gemeinwesen gemeinhin auszeichnen.

Im Schatten des Nationalsozialismus: jüdische Masseneinwanderung, arabischer Aufstand und Zweiter Weltkrieg

Schon kurz nach ihrer Machtergreifung im Januar 1933 begannen die Nationalsozialisten mit der systematischen Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Massenhaft verließen nun deutsche Juden ihr Land; bald folgten ihnen auch viele Flüchtlinge aus Polen. Während der 5. Alija strömten insgesamt 197.000 Juden nach Palästina: Die meisten von ihnen waren weder Zionisten noch Sozialisten; viele gehörten der Mittelschicht oder gar dem Großbürgertum an. Da ihnen andere potentielle Zufluchtsländer, etwa die USA, weitgehend verschlossen blieben, bot sich ihnen keine andere Wahl, als sich im heißen und unterentwickelten Palästina niederzulassen. Während die deutschen Flüchtlinge ("Jeckes") eher liberal-demokratisch orientiert waren, verstärkten die polnisch-jüdischen Einwanderer die revisionistischen Strömungen im zionistischen Parteienspektrum. Nach ihren traumatischen Erfahrungen in Polen waren sie nicht länger bereit, politische und gesellschaftliche Fremdbestimmung hinzunehmen. Sie forderten, gegenüber den Arabern Palästinas eine härtere Gangart anzuschlagen – auch, um ihre kollektive Autonomie voranzutreiben und abzusichern.

Tel Aviv und andere Städte am Mittelmeer begannen zu boomen. Geschäftsauslagen, Strandpromenaden und Cafés, Theater- und Lichtspielhäuser und – nicht zuletzt – die zahlreichen aus dem Wüstensand sprießenden steinernen Zeugnisse der Bauhaus-Architektur verrieten unverkennbar die deutschen bzw. mitteleuropäischen Wurzeln ihrer Betreiber und Erbauer.

Im August 1933 schlossen zionistische Repräsentanten unter Chaim Arlosoroff (1899–1933) mit dem Reichswirtschaftsministerium ein Kapitaltransfer-Abkommen, um die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina zu beschleunigen. Obgleich die Ausgangslage der beteiligten Akteure nicht unterschiedlicher sein konnte, motivierte sie ihre partielle Interessenidentität zu einer begrenzten Kooperation: Das sogenannte Ha'avara-Abkommen ermöglichte es jüdischen Flüchtlingen, Teile ihres Kapitalvermögens in die neue Heimat zu transferieren. Der Transfer war an Einfuhren deutscher Waren nach Palästina gekoppelt. Mit dem Erlös durch den Warentransfer konnten auch mittellose Juden das ihnen von den Briten

aufgelegte "Vorzeigegeld" aufbringen: 1.000 palästinensische Pfund (= ca. 15.000 Reichsmark). Das Abkommen war aus jeweils unterschiedlichen Gründen umstritten. Während Kritiker argwöhnten, das Abkommen unterlaufe die Boykottbestrebungen gegen Nazi-Deutschland, indem es den Nazis dringend benötigte Devisen einbrachte, befürchteten NS-Regierungskreise eine Subventionierung zionistischer Bestrebungen in Palästina. Ab 1937 schränkte das NS-Regime Umfang und Modalitäten des Kapitaltransfers ein, während es gleichzeitig den Verfolgungsdruck auf die jüdische Minderheit erhöhte. Dennoch vermochten im Rahmen von Ha'avara bis 1939 mehr als 50.000 deutsche Juden nach Palästina einzuwandern; dabei gelang es ihnen, Vermögenswerte in Höhe von ca. 140 Millionen Reichsmark zu retten – was pro Einwanderer einer durchschnittlichen Transfer-Rate von ca. 2.800 Reichsmark entsprach.⁽¹⁶⁾ Offiziell wurde das Abkommen erst 1941 eingestellt, obwohl schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kein Kapitaltransfer mehr stattgefunden hatte. Das Interesse der Nazis hatte sich längst verlagert und radikalisiert: Nicht mehr die Ausweisung, sondern die systematische, fabrikmäßige Ermordung der Juden bestimmte fortan ihre Agenda.

Während sich zwischen 1932 und 1935 die jüdische Bevölkerung verdoppelte und die jüdischen Landkäufe unter den Arabern Palästinas ein Gefühl zunehmender Überfremdung erzeugt hatten, verstrickte sich die palästinensische Nationalbewegung in einen Prozess der Radikalisierung, der mit panislamischen Tendenzen einherging. Zudem erweckte eine kurzzeitige prozionistische Wende in der britischen Palästina-Politik, die die proarabische Weißbuch-Politik vom Oktober 1930 ablösen sollte, das Bild einer wankelmütigen britischen Außenpolitik. Unter Federführung des Großmuftis von Jerusalem fand im Dezember 1931 in Jerusalem der 1. Islamische Weltkongress statt. Der einmütige Aufruf zur Verteidigung der "Heiligkeit der Mauer" (es handelt sich laut arabischem Narrativ um die von den Jebusitern gebaute Mauer – tatsächlich aber um die als Klage-oder Westmauer bekannten Überreste des herodianischen Tempels) und zur Gründung einer Al-Aksa-Moschee-Universität ließ die Rolle Jerusalems auch außerhalb Palästinas ins Bewusstsein der muslimischen Welt treten.

Parallel dazu mutierten mit Wissen und Billigung des Großmuftis paramilitärische arabische Jugendverbände zu terroristischen Untergrundmilizen: In Judäa gründete Abdel Kader al-Husseini (1908–1948), ein Vetter des Großmuftis, die Gruppe "Heiliger Krieg für das Heilige Land". In Haifa und Galiläa begann eine Terrorgruppe um Scheich Is ad-Din al-Kassam (ca. 1880–ca. 1935) zu operieren. Beide Anführer werden noch heute von palästinensischen Organisationen als "Märtyrer" verehrt; ihre Gruppen bildeten das organisatorische Rückgrat des arabischen Aufstands gegen Briten und Juden, der im April 1931 begann und phasenhaft zunächst 1936 und schließlich erneut zwischen Herbst 1937 und 1939 seine Höhepunkte erreichte. Ein Generalstreik, der von einer bis dato beispiellosen Gewalt begleitet wurde, erstreckte sich zeitweise auf ganz Palästina. Der Aufstand führte zu Massakern an Juden, geplünderten bzw. zerstörten Feldern, Plantagen, Läden und Fabriken. Im Gegensatz zur eher defensiven Hagana, der halbamtlichen Untergrundarmee des Jischuws, setzten revisionistische Milizen vor allem ab 1938 unverblümt auf gegenterroristische Mittel. Letztlich waren es jedoch einerseits die erbitterten Operationen britischer Militärverbände, andererseits aber auch die internen Zwistigkeiten unter den Aufständischen, die den Unruhen ein Ende bereiteten.

Der arabische Aufstand zeitigte ungeahnte Folgen: Er brachte auf paradoxe Weise das zionistische Projekt voran. Was seine Protagonisten bisher nur proklamiert hatten, wurde nun Wirklichkeit – die Desintegration der palästinensischen Wirtschaft entlang ethnisch-nationaler bzw. religiöser Trennlinien. Obwohl jüdische Arbeiter traditionell teurer waren als arabische Arbeiter, verlor der Arbeitsmarkt des Jischuws binnen kurzer Zeit seine arabische

Konkurrenz. Als die Araber den Juden die Benutzung des Hafens von Jaffa untersagten, bauten die Juden ihren eigenen Hafen in Tel Aviv – größer und moderner als es der Nachbarhafen war. Vor dem Aufstand mussten die Zionisten ihre paramilitärischen Ambitionen vor den Briten verbergen; jetzt durften die zionistischen Milizen sich professionalisieren und offen zu ihren Verteidigungsanstrengungen bekennen, indem sie ihre Dörfer und Städte zu "Wehrsiedlungen" ausbauten. Mehr denn je war der jüdische Kibbuznik jetzt nicht nur Bauer, sondern gleichzeitig gefechtsbereiter Soldat.

Seit 1933 sympathisierten viele Araber mit dem deutschen Nationalsozialismus, der als Modell nationaler Befreiung und des antijüdischen Kampfes wahrgenommen wurde. 1937, noch während der arabischen Aufstände, legte der Jerusalmser Großmufti dem NS-Regime den Entwurf für einen Kooperationsvertrag vor: Er bat um Waffen und andere Hilfslieferungen für seine Nationalisten; im Gegenzug bot er die Verbreitung von Nazi-Propaganda im islamischen Raum auch im Kriegsfall an. Der jüdische Handel müsse boykottiert, der "Terror" in den Mandatsländern forciert und "mit allen Mitteln" die Schaffung eines Judenstaats in Palästina blockiert werden. Ende 1941 kündigte Adolf Hitler bei einer persönlichen Begegnung mit dem Großmufti an, "die Judenfrage auch im britischen Mandatsgebiet "lösen" zu wollen. SS-Reichsführer Heinrich Himmler verriet dem Großmufti Mitte 1943: "Bis jetzt haben wir etwa drei Millionen Juden vernichtet."(17)

Der Jischuw sah sich im Sommer 1942 einer gefährlichen Einkreisung ausgesetzt: Die Wehrmacht rückte vom Kaukasus und von Ägypten nach Palästina vor. Mit englischer Duldung und punktueller Unterstützung bereiteten sich Eliteeinheiten der Hagana (Palmach) auf die Verteidigung vor und übten den Guerillakampf gegen das näherrückende deutsch-italienische Afrikakorps von Generalfeldmarschall Erwin Rommel (1891–1944). Palmach-Einheiten beteiligten sich im Rahmen einer Jüdischen Brigade andernorts auch direkt am Krieg gegen Hitler-Deutschland. Britischen Truppen gelang es Ende 1942, den Vormarsch der "Wüstenfüchse" im ägyptischen El-Alamein zum Erliegen zu bringen; die Gefahr einer nahöstlichen Schoah war gebannt.

Als sich die Nachrichten über die Massenverbrechen Deutschlands immer mehr verdichteten, richteten zionistische Politiker dramatische Appelle an amerikanische und britische Regierungsstellen, die Vernichtungslager zu bombardieren – vergeblich. Im Rahmen des sogenannten Biltmore-Programms forderten im Mai 1942 in New York mehrere Hundert amerikanische, europäische und palästinensische Repräsentanten zionistischer Organisationen die "Gründung eines jüdischen Gemeinwesens" und die Öffnung der Grenzen Palästinas für Flüchtlinge.(18)

Die Mehrheit der zionistischen Parteien unterstützte die Briten im Kampf gegen NS-Deutschland. Doch als die Alliierten Anfang 1944 den Kriegsverlauf zu ihren Gunsten wenden konnten, rief Menachem Begin (1913–1992), Kommandant der militanten "Ezel"-Gruppe, zur "Revolution" gegen die britischen Besatzer in Palästina auf. Mit brachialer Gewalt versuchten jüdische Terroristen, die Briten aus dem Land zu bomben. Die in der Hagana organisierten Linkszionisten machten daraufhin Jagd auf die abtrünnigen Ezel-Kämpfer, die die moralische Reputation des Zionismus zu verspielen drohten. Doch im Frühjahr 1945, als Deutschland vor den Alliierten kapitulierte, lenkte die Hagana ein, verband sich mit der Ezel-Organisation und der kleinen terroristischen Splittergruppe "Lechi" zur vereinten "Jüdischen Widerstandsbewegung" und schloss sich dem bewaffneten Kampf gegen die Briten an. Auch jetzt fiel die Ezel-Gruppe durch spektakuläre Aktionen auf: Im Juli 1946 sprengte ein Terrorkommando das britische Militärhauptquartier im Südflügel des Jerusalemer

Luxushotels "King David" in die Luft; 91 Menschen starben in den Trümmern des Hotels. Die Hagana beendete daraufhin ihr Bündnis mit Begins Ezel.

Teilungspläne im Kontext: auf dem Weg zum Staat Israel

Im Lauf der Mandatszeit wurden die Briten immer deutlicher mit der Tatsache konfrontiert, dass die jüdische Einwanderung westlich des Jordans auf erbitterten arabischen Widerstand stieß. Um der Unruhen Herr zu werden, verhängte die Londoner Regierung 1936 für jüdische Flüchtlinge drastische Einreisebeschränkungen. Zugleich dachten die Briten über eine politisch-diplomatische Lösung des Nationalitätenkonflikts nach. Aber wie sollte eine Lösung aussehen, wo doch offenkundig "Recht gegen Recht" stand?

Im November 1936 wurde eine Kommission eingesetzt, die unter Vorsitz von Lord William Robert Wellesley Peel (1867–1937) eine Analyse des Konflikts erarbeitete. Sie befragte 120 arabische und jüdische Zeugen und legte im Juli 1937 einen Bericht mit der Empfehlung vor, das westliche Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen. Etwa 20 Prozent des Gebietes wiesen sie den Juden, 80 Prozent den Arabern zu; für sich selbst beanspruchten die Briten einen Verbindungskorridor zwischen Jaffa und Jerusalem:

"Ein unüberwindlicher Konflikt hat sich zwischen den beiden nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes erhoben. Ungefähr eine Million Araber stehen in offenem oder latentem Kampf mit 400.000 Juden. Es gibt keine gemeinsame Grundlage zwischen ihnen. [...] Daher scheidet eine nationale Assimilierung zwischen ihnen aus. [...]"

Teilung bedeutet, dass kein Teil alles von dem erhält, was er wünscht. Sie bedeutet, dass die Araber es hinnehmen müssen, dass ein Teil des von ihnen lange bewohnten und einst beherrschten Territoriums ihrer Souveränität entzogen wird. Sie bedeutet, dass die Juden mit weniger als dem Land Israels, über das sie einst herrschten und über das wieder zu herrschen sie hofften, zufrieden sein müssen. Aber es erscheint uns möglich, dass beide Parteien nach Überlegung zu der Erkenntnis kommen werden, dass die Nachteile einer Teilung von ihren Vorteilen aufgewogen werden. [...]"(19)

Die arabische Welt lehnte, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, den Teilungsplan ab; interne Differenzen waren letztlich rivalisierenden Interessen geschuldet: Während Abdallah von Transjordanien die von der Peel-Kommission empfohlene Erweiterung seines Herrschaftsgebietes begrüßte, protestierte das "Hohe Arabische Komitee" vor allem gegen die vorgeschlagene Ausgliederung der Araber Galiläas in den jüdischen Staat. Schon im September 1937 rief ein panarabischer Kongress in Syrien zum militärischen Widerstand gegen das "Weltjudentum" und die zionistische Bewegung auf.

Auch auf jüdischer Seite stieß der Peel-Plan auf Unbehagen – die Teilungsmodalitäten wurden mit Enttäuschung aufgenommen, zumal nicht wenige der jüdischen Einwanderer tendenziell von der Idee beseelt waren, als "Volk ohne Land" in ein "Land ohne Volk"(20) gekommen zu sein. Doch der Pragmatismus war hier stärker als das Beharren auf ideologischen Prinzipien: So fand sich im August 1937 auf dem 20. Zionistenkongress in

Zürich eine Mehrheit – vor allem in Kreisen des linken Arbeiterzionismus –, die einen Kompromiss einzugehen bereit war. Freilich lehnte eine Minderheit, die "Revisionisten", auch jetzt jeden territorialen Ausgleich ab. Nicht "Land gegen Frieden", sondern "Frieden gegen Frieden" war ihre Parole; denn eigentlich, so das rechtszionistische Lager, war das historische Land Israel identisch mit ganz Palästina – diesseits und jenseits des Jordans. In der Errichtung des transjordanischen Königreiches (mit seinem hohen arabisch-palästinensischen Bevölkerungsanteil) sahen die Revisionisten den historischen Kompromiss längst vorweggenommen.

Nachdem die britische Regierung auf Empfehlung einer neuerlichen Arbeitsgruppe, der Woodhead-Kommission, schon im Januar 1938 von der Teilungsidee wieder Abstand genommen hatte, veränderte der 2. Weltkrieg wieder alle vorigen Optionen. Selbst die Balfour-Deklaration bezeichneten die Briten nun als "Fehler" und beschlossen, die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch einzuschränken. Aus taktischen Gründen wurde diese Kabinettsentscheidung zunächst vertraulich gehalten. Die britische Regierung empfand den Zionismus zusehends als politische Belastung; im strategischen Kampf gegen die sich proarabisch gerierenden Achsenmächte Deutschland und Italien warb sie fortan um die Gunst der Araber. Im Mai 1939 wurde ein britisches "Weißbuch" veröffentlicht, wonach Palästina binnen zehn Jahren ein unabhängiger Staat werden sollte. Für die Zeit zwischen 1939 und 1945 sah das Weißbuch vor, dass Palästina insgesamt nur noch 75.000 Juden aufnehmen dürfe; danach sollte die Einwanderung generell gestoppt werden. Weiterhin sollten arabische Grundstücke nicht mehr an Juden verkauft werden dürfen.(21)

Diese Entwicklung bedeutete einen herben Rückschlag für den Zionismus. Unter dem Eindruck der sich verschärfenden Judenverfolgungen kam das Weißbuch für viele Juden einem Todesurteil gleich. Nachdem sogar die USA ein Schiff – die "St. Louis" – mit jüdischen Flüchtlingen nach Deutschland zurückgeschickt hatten, kündigte die zionistische Exekutive an, sich um jeden Preis für die "illegale" Aufnahme jüdischer Flüchtlinge in Palästina einsetzen zu wollen. David Ben Gurion, Chef der sozialdemokratischen Mapai-Partei und Exekutivvorsitzender der Jewish Agency, die auf jüdischer Seite für die Einwanderung nach Palästina verantwortlich war, prägte das Bonmot: "Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch; und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Krieg."(22)

Trotz der proarabischen Weißbuchpolitik der Briten sympathisierten die tonangebenden arabischen Kräfte – mit Ausnahme des Emirs von Transjordanien – mit Nazi-Deutschland und seinen Verbündeten. Die palästinensische Führung unter dem Mufti von Jerusalem verbündete sich gar offen mit dem NS-Regime(23) – eine Entscheidung, die sich auch und gerade gegen die britische Kolonialpolitik richtete.

Dennoch änderten die Briten auch nach Kriegsende ihre Palästina-Politik zunächst nicht. Aus kolonial- und ölpolitischen Motiven setzten sie ihre proarabische Politik fort, behielten die Einwanderungseinschränkungen bei und ließen auch die sogenannten "Displaced Persons", die in Deutschland gestrandeten Überlebenden der Schoah, nicht ins Land. Als Reaktion darauf verstärkten die Zionisten ihre Versuche, Flüchtlinge illegal nach Palästina einzuschleusen. Herzerreißende Berichte gewaltsam zurückgewiesener Flüchtlinge, die als Holocaustüberlebende eine neue Heimat suchten, gingen um die Welt. Immer stärker verlangten nun die beiden neuen Großmächte USA und Sowjetunion eine Änderung der britischen Palästina-Politik. Insbesondere die amerikanische Öffentlichkeit und Teile des politischen Establishments setzten die finanziell abhängigen Briten unter Druck. Im April 1947 hielt der sowjetische UN-Botschafter Andrej Gromyko (1909–1989) eine flammende

zionistisch anmutende Rede.(24) Als die britische Marine im Juli 1947 vor der Küste Palästinas das kaum seetüchtige jüdische Flüchtlingsschiff "Exodus" kaperte, die Passagiere und Besatzungsmitglieder gewaltsam überwältigte, dann in den Hafen von Haifa dirigierte, um sie von dort wieder nach Deutschland in ein Internierungslager zurückzuschicken, lösten diese Ereignisse weltweite Empörung aus. Erst jetzt begannen die Briten einzulenken, zumal sie die verworrenen Verhältnisse der nach Unabhängigkeit strebenden Juden und Araber immer weniger im Griff hatten. Was die Briten in fast 30 Jahren Mandatszeit nicht erreicht hatten, sollten nun die neugegründeten Vereinten Nationen (UNO) auf den Weg bringen – eine dauerhafte Lösung des Palästina-Problems.

Immerhin kam jetzt Bewegung in die verhärteten Fronten: Die Weltöffentlichkeit konnte oder wollte nicht mehr übersehen, dass Nazi-Deutschland sechs Millionen europäischer Juden systematisch ermordet hatte. So beschloss die UNO-Vollversammlung am 29. November 1947 auf Empfehlung der zuvor eingesetzten Untersuchungskommission über Palästina (UNSCOP) mit Zweidrittel-Mehrheit, das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in einen jüdischen und in einen arabischen Staat aufzuteilen. Die zwei Staaten sollten jeweils aus drei größeren Enklaven bestehen, die es über exterritoriale Straßen und als Wirtschaftsunion miteinander zu verbinden galt. Der Plan sah außerdem vor, die Städte Jerusalem und Bethlehem wegen ihrer religiösen Bedeutung unter internationale Verwaltung zu stellen.(25)

Bei der territorialen Vermessung achtete die UNO darauf, dass in dem einem Staat die Juden, in dem anderen die arabische Volksgruppe die Mehrheit bilden würde. Tatsächlich hätte es nach Angaben der jüdischen Einwanderungsbehörde im jüdischen Staat (56 Prozent Westpalästinas) eine Bevölkerung von 498.000 Juden und 407.000 Nichtjuden (vor allem Araber) gegeben; im arabischen Staat hätten 725.000 Nichtjuden und 10.000 Juden und in der internationalen Zone 105.000 Nichtjuden und 100.000 Juden gelebt.(26)

Dennoch wiederholte sich die Konstellation, die schon 1937 einen Interessenausgleich verhindert hatte: Die arabische Welt lehnte den internationalen Plan zur Teilung Palästinas in zwei Staaten vehementer denn je ab. Assam Pascha Abdur Rachman (1893–1976), Generalsekretär der Arabischen Liga, drohte den Juden im Falle einer Staatsgründung mit einem "Massaker, über das man einmal sprechen wird wie über die mongolischen Massaker und die Kreuzzüge".(27) Demgegenüber hatten sich die Parteien des Jischuws zwar eine großzügigere Aufteilung des territorialen "Kuchens" zu ihren Gunsten gewünscht, erkannten aber letztlich (mehrheitlich) die historisch einmalige Chance auf Bildung eines jüdischen Nationalstaates. Kurz nach der UN-Abstimmung brandete in den jüdischen Städten und Dörfern kollektiver Jubel auf – zahllose tanzende Menschen säumten die Straßen.(28)

Bürgerkrieg und Terror: Verbote des israelisch-palästinensischen Gewaltverhältnisses

Unmittelbar nach der Palästina-Resolution der UN begannen die Araber einen bewaffneten Aufstand gegen die jüdisch-zionistische Präsenz in Palästina. Die Gründung eines jüdischen Staates wollten sie mit allen Mitteln verhindern. Besonders martialisch hatte der Großmufti von Jerusalem schon im Oktober 1947 gefordert: "[...] die Araber sollten gemeinsam über die Juden herfallen und sie vernichten, sobald sich die britischen Streitkräfte zurückgezogen haben."(29) Unterstützt wurden die palästinensischen Araber Anfang 1948 von freiwilligen

Milizionären aus Syrien, Transjordanien und dem Irak. Im sogenannten "Krieg der Straße" blockierten sie zahlreiche Verkehrsverbindungen zwischen den jüdischen Siedlungen und belagerten Jerusalem. Die Briten gerieten zwischen die Fronten. Sie sannern zunehmend nur noch darauf, sich halbwegs unbeschadet aus dem Mandatsgebiet zurückziehen zu können. Als sie ihre Armeelager, Polizeiposten und Regierungsgebäude aufgaben, konzentrierten sich die Kämpfe auf diese nun herrenlosen Herrschaftssymbole. Diese Art "Bürgerkrieg" konnten die Zionisten für sich entscheiden, obwohl sie sich bis Anfang April 1948 weitgehend defensiv verhalten hatten. Dass sich der Jischuw behaupten konnte, lag daran, dass die jüdische Gemeinschaft in Palästina längst über halbstaatliche Strukturen und bewaffnete Milizen verfügte. Schon in den Monaten vor der Staatsgründung hatte es einen landesweiten Generalstab der Hagana gegeben. Die Hagana hatte Ende 1947 über Artillerie sowie über die Anfänge einer Luftwaffe und einer Marine verfügt. Ab Januar 1948 kauften die Zionisten Waffen in der Tschechoslowakei, darunter tausende Gewehre und Bomben sowie dutzende Jagdflugzeuge.

Am 1. April 1948 ging die Hagana mit der "Operation Dalet" in die Offensive. Primäres Ziel war es, alle Gebiete, die die UNO der jüdischen Seite zugesprochen hatte, militärisch zu sichern – wenn möglich, auch die jüdischen Siedlungen jenseits dieser Linie. Darüber hinaus wollten die Zionisten die Verbindungswege zwischen ihren Siedlungen wieder öffnen und den Zugang nach Jerusalem durchsetzen. Insbesondere auf der Straße von Tel Aviv nach Jerusalem kam es zu heftigen Kämpfen. Am 8. April 1948 verübte eine Abteilung der Ezel-Miliz ein Massaker im arabischen Dorf Deir Yassin (heute Givat Schaul, ein Jerusalemer Vorort). Die Lechi-Gruppe verbreitete mit terroristischen Mitteln Angst und Schrecken und verstärkte die Massenflucht der Araber aus den jüdisch kontrollierten Gebieten. Bis zur Staatsgründung wurden die Ziele der "Operation Dalet" fast vollständig umgesetzt: der geografische Zusammenhalt und die Verteidigungsfähigkeit der jüdisch besiedelten Zonen Palästinas in den Grenzen des UN-Teilungsplans.

Vorher und nachher zeigten sich auch arabische Aufständler wenig zimperlich. Eine Blutspur zieht sich vom Massaker an den Juden in Hebron 1929 über die Überfälle auf jüdische Siedlungen während des arabischen Aufstands zwischen 1936 und 1939 bis hin zum Überfall auf einen Konvoi mit jüdischen Verwundeten, Ärzten und Krankenschwestern auf dem Weg nach Jerusalem, bei dem Mitte April 1948 etwa 80 Menschen getötet wurden.

Die Staatsgründung Israels

Als das Palästinamandat ohne eine einvernehmliche Lösung auslief, rief der jüdische Nationalrat am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den Staat Israel aus: "nicht in Europa – aber von Europa" (Dan Diner)(30). Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mündeten nunmehr in eine große militärische Auseinandersetzung – am 15. Mai überschritten fünf Armeen der Arabischen Liga ihre Grenzen, um das "zionistische Gebilde" auszulöschen. Die arabischen Armeen waren erfolgreicher als gemeinhin angenommen wird:

Die Ägypter eroberten den Gazastreifen und die Jordanier das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems samt den religiös bedeutsamen heiligen Stätten von Juden, Christen und Muslimen. Aber der junge Staat konnte sich gegen seine Nachbarn behaupten: Zahlenmäßig war die israelische Seite klar unterlegen, militärisch ebenso. Doch anders als die Araber, die sich zunächst als Sieger wähten, wussten die Israelis um ihre prekäre Lage: General Jigael

Jadin (1917–1984), Chef der israelischen Militäroperationen, schätzte in einer vertraulichen Mitteilung die Überlebenschancen Israels anfangs auf "fünfzig zu fünfzig". Der britische Feldmarschall Bernard Montgomery (1887–1976) gab Israel "drei Wochen", bevor es untergehen werde. Zudem tappten die zionistischen Nachrichtendienste völlig im Dunklen – sie wussten nicht einmal, ob und wann die Araber angreifen würden. Erst ab Sommer 1948 konnten die Israelis die arabischen Armeen zurückdrängen und ihr von der UNO zugesprochenes Territorium erweitern. Diese heute als "grüne Linie" bekannte Trennlinie wurde 1949 im Waffenstillstandsabkommen von Rhodos festgelegt: Doch die Araber erkannten damit keineswegs den Staat Israel in solchen oder ähnlich definierten Grenzen an. Für sie handelte es sich um eine bloße Waffenstillstandslinie, die nur bis zum nächsten Waffengang Gültigkeit beanspruchen konnte – ein Umstand, der zur Erklärung beiträgt, warum ihrerseits auch die Israelis bis auf den heutigen Tag auf eine Definition ihrer Grenzen verzichtet haben.

In diesem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/1949 flohen zwischen 600.000 und 750.000 Araber aus ihrer Heimat oder wurden vertrieben. Immer wieder wird gefragt, ob es damals einen zionistischen "Masterplan" für ethnische Säuberungen gegeben habe. Historische Forschungen belegen, dass es keine staatliche Direktive zur Vertreibung der Araber gegeben hat.(31) David Ben Gurion, inzwischen Ministerpräsident des Staates Israel, changierte zwischen moralischen und sicherheitspolitisch motivierten Überlegungen – seine Berater versorgten ihn mit höchst ambivalenten Empfehlungen. Die Armee wies auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums(32) die israelischen Truppen an, außerhalb der unmittelbaren Kampfgebiete keine Vertreibungen vorzunehmen.(33) Dennoch kam es zu lokal begrenzten Vertreibungen. Einerseits forderten einzelne jüdische Bürgermeister und lokale Kommandanten die Araber zum Bleiben auf; andererseits wurde etwa ein Drittel der arabischen Flüchtlinge im Zuge der Kampfhandlungen aus den jüdisch kontrollierten Gebieten vertrieben. Ein weiteres Drittel der Araber geriet in Panik und flüchtete vor der psychologischen Kampfführung der Israelis – erschreckt auch durch alarmistische Aufrufe arabischer Notabeln. Das letzte Drittel der Flüchtlinge räumte quasi "freiwillig" die umkämpften Gebiete (obwohl sie nicht in den Kampfzonen lebten) – sie wurden Opfer der arabischen Propaganda, die die Flüchtlinge zum "vorübergehenden" Verlassen der Heimat animiert und "nach dem Sieg über die Zionisten" eine glorreiche Rückkehr in Aussicht gestellt hatte.

Kaum bekannt ist die Tatsache, dass in diesem Krieg auch die arabische Seite ethnische Säuberungen durchführte, so sie die Möglichkeit dazu hatte. Am 13.Mai 1948 beteiligten sich Truppen der Arabischen Legion an einem Massaker im Kibbuz Kfar Ezion südlich von Jerusalem. Mehr als 120 gefangene Juden wurden mit Maschinengewehren erschossen und Gusch Ezion, vier Siedlungen zwischen Jerusalem und Hebron, dem Erdboden gleichgemacht. Ende Mai eroberte die Arabische Legion Transjordanien Ostjerusalem, zerstörte das jüdische Viertel der Altstadt einschließlich sämtlicher Synagogen, plünderte und vertrieb die Bewohner und tötete alle noch verbliebenen Juden.

Angesichts der erbitterten Feindseligkeiten in Palästina flohen zwischen 1945 und 1952 mehr als 600.000 Juden aus arabischen Ländern in den neugegründeten jüdischen Staat(34) – zahlenmäßig ergab sich innerhalb von wenigen Jahren ein fast vollständiger Bevölkerungsaustausch. Als Israel 1949 im Rahmen einer anzustrebenden Friedensregelung die Rückkehr von 100.000 arabischen Flüchtlingen anbot, lehnten die arabischen Staaten ab – stattdessen entschieden sich Ägypten und Syrien, die expatrierten Palästinenser als entrechtete Staatenlose aufzunehmen und als "Fünfte Kolonne für den Tag der Rache"(35) im Kampf gegen Israel einzusetzen. Jordanien hingegen, mehrheitlich ohnehin palästinensisch

geprägt, integrierte die Flüchtlinge – und annektierte 1950 das Westjordanland; die Weltöffentlichkeit nahm daran keinen Anstoß.

Anhang

Quellen

Borochov, Ber: Sozialismus und Zionismus: Eine Synthese, Wien 1932.

Gordon, Aharon David: Erlösung durch Arbeit: Ausgewählte Aufsätze. Aus d. Hebr. übers. u. eingeleitet von Viktor Kellner, Berlin 1929.

Marcus, Ernst: Palästina: ein werdender Staat, in: Frankfurter Abhandlungen zum modernen Völkerrecht, Heft 16, Leipzig 1929.

United Nations. General Assembly: Official Records 1947: First Special Session, Bd. I, New York u.a. 1947.

Weizmann, Chaim: Memoiren: Das Werden des Staates Israel, Zürich 1953.

The Palestine Mandate, in: The Avalon Project: Documents in Law, History and Diplomacy, hg. Von Yale Law School, Lillian Goldman Law Library, online: http://avalon.law.yale.edu/20th_century/palmanda.asp (zuletzt aufgefunden: 24.02.2010).

Literatur

Bethell, Nicholas: Das Palästina-Dreieck: Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat 1935–1948, Berlin 1979.

Diner, Dan: Kreisläufe: Nationalsozialismus und Gedächtnis, Berlin 1995.

Feilchenfeld, Werner / Michaelis, Dolf / Pinner, Ludwig: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 52).

Gensicke, Klaus: Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten: Eine politische Biografie Amin el-Husseinis, Darmstadt 2007.

Glasneck, Johannes / Timm, Angelika: Israel: Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn 1992.

Hillel, Shlomo: Operation Babylon: Israels Geheimdienst im Irak, Neuhausen 1992.

Küntzel, Matthias: Djihaad und Judenhass: Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2003.

- Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel: Geschichte des Zionismus, Wien 1975.
- Meier-Cronemeyer, Hermann: Geschichte des Staates Israel: Entstehungsgeschichte: Die Zionistische Bewegung, 3. überarb. Aufl., Schwalbach/Ts. 1997.
- Morris, Benny: The Birth of the Palestinian Refugee Problem, Cambridge 1987.
- Oz, Amos: Eine Geschichte von Liebe und Finsternis, Frankfurt/Main 2004.
- Schneider, Karlheinz u.a. (Hg.): Der Zionismus und seine europäischen Wurzeln: Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, November 1986, Berlin 1987.
- Schreiber, Friedrich / Wolffsohn, Michael: Nahost: Geschichte und Struktur des Konflikts, 3. überarb. Aufl., Opladen 1993.
- Schwanitz, Wolfgang G.: Hitlers Mann in Jerusalem, in: Süddeutsche Zeitung, 02.06.2008.
- Segev, Tom: Die ersten Israelis: Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2008.
- Steininger, Rolf: Der Nahostkonflikt, Frankfurt am Main 2003.
- Tophoven, Rolf: Der israelisch-arabische Konflikt, in: kontrovers, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 5. aktualisierte Auflage, Bonn 1999.
- Ullmann, Arno (Hg.): Israels Weg zum Staat: Von Zion zur parlamentarischen Demokratie, München 1964.
- Wolffsohn, Michael: Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern, München 1992.

Anmerkungen

1. Mit "Alija" (pl. "Alijot", "Aufstieg [nach Zion]") werden die jüdischen Einwanderungswellen nach Palästina bezeichnet.
2. Borochoy, Sozialismus und Zionismus 1932.
3. So sagte Gordon im Jahr 1916/1917: "Unser Weg führt zur Natur durch das Mittel der körperlichen Arbeit." Ausführlich in: Gordon, Erlösung durch Arbeit 1929.
4. Tatsächlich allerdings konnte der reguläre universitäre Betrieb erst 1924 aufgenommen werden.
5. Meier-Cronemeyer, Geschichte des Staates Israel 1997, S. 50.
6. Tophoven, Konflikt 1999, S. 24.
7. Zitiert nach Meier-Cronemeyer, Geschichte des Staates Israel 1997, S. 47.
8. Weizmann, Memoiren 1953, S. 263f.
9. Tophoven, Konflikt 1999, S. 24.
10. So Weizmann bei einer Anhörung auf der Pariser Friedenskonferenz am 23.02.1919. Zitiert nach Ullmann, Israels Weg 1964, S. 265.
11. Zum Wortlaut des Abkommens vgl. Tophoven, Konflikt 1999, S. 24.

12. Vgl. Art. 25 des Völkerbundmandates für Palästina (http://avalon.law.yale.edu/20th_century/palmanda.asp); vgl. auch Marcus, Palästina 1929, S. 262–269.).
13. 1946, zwei Jahre vor der Staatsgründung Israels, erhielt das östliche Palästina – Transjordanien – seine volle Unabhängigkeit; Abdallah I. nahm den Königstitel an.
14. Vgl. Wolffsohn, Wem gehört das Heilige Land? 1992, S. 254.
15. So Laqueur, Staat Israel 1975, S. 312.
16. Vgl. Feilchenfeld / Michaelis / Pinner, Haavara-Transfer 1972.
17. Schwanitz, Hitlers Mann 2008. "Der Mufti bekam aus dem Fonds des Außenministers (der vom geraubten Gold der Juden gespeist wurde) im Monat 50.000 Mark und weitere 25.000 in Devisen. Er hatte ein Berliner Büro, einen Stab mit meist 12 Personen, eine Suite im 'Adlon' sowie zehn Appartements und Häuser. Der Rassist und religiöse Judenhasser hatte sogar die Idee, zionistische Treffen in Tel Aviv und Jerusalem zu bombardieren. Adolf Eichmanns Gehilfe Dieter Wisliceny sagte aus: Eichmann habe dem Mufti 'die Lösung der europäischen Judenfrage' im Kartenraum erklärt. Daraufhin habe dieser Himmler um einen Berater gebeten, wenn er beim 'Endsieg' nach Palästina gehe." (so Schwanitz ebd.). Siehe außerdem Gensicke, Der Mufti 2007; Küntzel, Dihad 2003.
18. Vgl. Schreiber / Wolffsohn, Nahost 1993, S. 118.
19. Bericht der Peel-Kommission, Juli 1937 (Auszüge), in: Tophoven, Konflikt 1999, S. 26f.
20. Dieses heute vor allem im antizionistischen Narrativ gebräuchliche Wortspiel geht auf einen protestantischen schottischen Prediger zurück: Seine religiös-zionistisch konnotierte Formel von 1834 dürfte aber den real existierenden Zionismus des 20. Jahrhunderts kaum beeinflusst haben – jedenfalls ist sie von Theodor Herzl (1860–1904) nie benutzt worden. Als einer von wenigen Stimmen hat sich allerdings 1901 der in London lebende ostjüdische Autor Israel Zangwill (1864–1926) auf diese Formel berufen.
21. Auszüge des Weißbuchs u.a. bei Schreiber / Wolffsohn, Nahost 1993, S. 109.
22. Steininger, Nahostkonflikt 2003, S. 26.
23. Vgl. Fußnote 17.
24. "The fact that no western European State has been able to ensure the defense of the elementary rights of the Jewish people, and to safeguard it against the violence of the fascist executioners, explains the aspirations of the Jews to establish their own State. It would be unjust not to take this into consideration and to deny the right of the Jewish people to realize this aspiration. It would be unjustifiable to deny this right to the Jewish people, particularly in view of all it has undergone during the Second World War." United Nations, Official Records 1947, S. 132.
25. Zum Wortlaut des Teilungsbeschluss vgl. Tophoven, Konflikt 1999, S. 28f. (Auszüge).
26. Statistische Angaben nach Glasneck / Timm, Israel 1992, S. 54.
27. Schreiber/ Wolffsohn, Nahost 1993, S. 146.
28. Vgl. beispielhaft den autobiografischen Roman von Oz, Eine Geschichte 2004.
29. Nach Bethell, Palästina-Dreieck 1979, S. 381.
30. Diner, Kreisläufe 1995, S. 125.
31. Vgl. Morris, Refugee Problem 1987; Segev, Die ersten Israelis 2008.
32. In jenen anarchischen Tagen gab es offenbar keine klaren Kompetenzabgrenzungen zwischen den Regierungsstellen, Ministerien etc. Fast schon kurios zu nennen sind weitere Aktennotizen, denen zufolge z. B. der Finanzminister (!) der Armeeführung kritische Fragen wg. der Deportation mehrerer Hundert Araber aus Ashdod stellte.
33. Vgl. Segev, Die ersten Israelis 2008, S. 60ff.

34. Vgl. beispielhaft Hillel, Operation Babylon 1992; vgl. auch den international mehrfach ausgezeichneten Film "The Forgotten Refugees" von Michael Grynszpan.
35. Zeitung As Sijad (Beirut), 06.04.1950. Zitiert nach Schreiber / Wolffsohn: Nahost 1993, S. 161.

.....

© 2010 Copyright beim Autor
online exklusiv für ONLINE-EXTRA

ONLINE-EXTRA – ein Service von COMPASS-Infodienst

www.compass-infodienst.de

redaktion@compass-infodienst.de

.....

DER AUTOR

MARTIN KLOKE, Dr., geboren 1959, Studium der Ev. Theologie, Politikwissenschaft und Pädagogik an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 1989 Promotion am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften ("Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses", 1990/1994); 1989-1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto Benecke Stiftung in Bonn; 1993/94 Studienreferendariat in Köln; seit 1995 Redakteur im Fachbereich Kulturwissenschaften der Bildungsmediengruppe Cornelsen in Berlin.

.....



Kennen Sie schon die tagesaktuellen Ausgaben von COMPASS-Infodienst?

COMPASS liefert täglich Links zu top-aktuellen Beiträgen aus den Themenbereichen:

Nahost/Israel, Gedenken und Erinnern, Antisemitismus, Rechtsradikalismus, multikulturelle Gesellschaft, christlich-jüdischer und interreligiöser Dialog, jüdische Welt. Ergänzt von Rezensionen und Fernseh-Tipps!

Jetzt 5 Ausgaben kostenfrei und unverbindlich !

Bestellen Sie jetzt Ihr Probe-Abo:

abo@compass-infodienst.de